

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. Südb., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin, 2. Dec.** [Zur habsburg-bohemsollern'schen Allianz] steht jetzt, trotz allen das Gegentheil behauptenden Versicherungen officieller und officiöser Federn, außer allem Zweifel, daß die Differenzen zwischen den beiden Vormächten sich auf alle Fragen der auswärtigen Politik erstrecken, auf die fatale Drohnnotengeschichte nicht minder als auf die Elberzogthümerfrage, daß also die vormachtliche Allianz im gegenwärtigen Augenblicke wieder genau da angekommen ist, wo sie im verflochtenen Sommer war, und daß eine Ausgleichung des Herwürfnisses vorläufig unabsehbar ist. In der Drohnnotengeschichte wird sich, wenn auch Preußen einlenkt, das Wiener Cabinet so vortheilhaft als möglich herauszuwinden suchen, um die Erbitterung der öffentlichen Meinung auf seinen getreuen Allirten abzuwälzen und in der Elberzogthümerfrage kann es jetzt, durch das Gelingen der von Frankreich vermittelten Anleihe, gelassener zusehen und Widerstand leisten als jemals. Preußen aber, bestrebt, die innere Politik mit der auswärtigen in Einklang zu bringen, entfremdet sich immer mehr die Sympathieen seiner bisherigen Freunde. So wie man den Schleswigern durch Zeitungsverbote die holsteinischen Urtheile über das Mautensfel'sche Gouvernement unzugänglich machen will, gedankt man auch den „unfruchtbaren“ Auslassungen des Abgeordnetenhauses in der nächsten Session, wenn nöthig, bei Zeiten einen Damm zu setzen, so daß selbst schon die Großpreußen anfangen, stutzig zu werden. Kurz es wird täglich interessanter!

Wir haben des Gerüchtes Erwähnung gethan, wonach das hannoversche Cabinet mit Vermittelungsversuchen zwischen den beiden deutschen Großmächten beschäftigt gewesen sei, was man aus dem Besuche des Freih. v. Gablenz in Hannover geschlossen haben wollte. Das conservative „Neue Allg. Volksbl.“ hat unterdessen glücklicherweise herabgebracht, weshalb eigentlich der österreichische Statthalter in die Welfenresidenz gekommen sei. Es galt nämlich, so behauptet das Blatt, einen Versuch Oesterreichs, um Hannover von der Anerkennung Italiens abzuhalten und das Welfenreich zu einem Bündniß mit dem Augustenburgerthum zu gewinnen. Daraus wird eine Drohung mit der Macht Preußens gereiht, welche „wie ein Fels zum Meere rolle“, Hannover und den „Schleswig-Holsteinismus erdrücken“ — und, was natürlich nur hinzugebacht werden muß, das unbehagliche Oesterreich bei Seite schieben könnte. In der That, die Phantasie des Leitartiklerschreibers war diesmal sehr aufgeregt. Vermuthlich, weil er beständig „den Fels zum Meere rollen“ hört. Nur „bis“ zum Meere? — Der „Breol. Ztg.“ schreibt man aus Wien, daß

man dort „in ministeriellen Kreisen jetzt überzeugt oder mindestens der Hoffnung sei, nunmehr jene Einflüsse der letzten Monarchen-Zusammenkunft von Schönbrunn leichter überwinden zu können, welche bisher noch bei dem Kaiser vorgewaltet und die diplomatische Action entschieden beherrscht, auch in Oesterreich die erste Rolle gespielt hätten. In Wien eingetroffene Briefe von Berliner Bankhäusern, welche klar ausdeuten, wie man sie moralisch verbindert habe, sich an der Anleihe zu betheiligen, hätten an maßgebender Stelle eine Wirkung hervorgerufen, von der man zweifle, ob Graf Bismarck sie in dieser Weise beabsichtigt haben mag. Gewiß sei, daß man in Wien glaube, der preussische Premier habe in Biarritz gar nichts ausgerichtet, und sich in der festen Ueberzeugung wiege, Napoleon beabsichtige vorläufig nicht nur nichts gegen Oesterreich, sondern werde auf jede Weise bedacht sein, demselben Lust zu schaffen, damit es nicht genöthigt sei, Holstein an Preußen auszuliefern und so die endlose Herzogthümerfrage kurzweg aus der Welt zu schaffen.“

Wir haben in dieser Beziehung bereits gestern das Gerücht erwähnt, daß man in Paris Personen, welche den leitenden Kreisen ziemlich nahe stehen, beauftragt habe, von einer unter Bismarck'schen Einflüssen geschriebenen Broschüre zu sprechen, die den Zweck gehabt haben soll, die österreichische Finanzoperation noch im letzten Momente scheitern zu machen. Auch hat vor mehreren Tagen das „Mémorial diplomatique“ verschiedene Nachrichten über die sonderbare Art der Betheiligung des preussischen Minister-Präsidenten an der österreichischen Anleihe gebracht, gegen welche sich dann die „Nordd. Allg. Ztg.“ in einem von Ausfällen auf Oesterreich strotzenden Artikel wandte, worin sie u. A. frug, ob das „Mém. dipl.“ sich einbilde, „Graf Bismarck sei wirklich der Mann, seine Politik mit derartigen Mitteln zu fördern, und daß, wenn Graf Bismarck wieder dieser Mann wäre, die Verhältnisse in Preußen es der Regierung möglich machten, die hiesigen Banquiers und Geld-Institute zu verhindern, ihren Geschäften nachzugehen?“ Der Artikel der „Nordd. Allg.“ hat wenigstens das Gute, daß, wenn bisher auch alle Welt gewußt hat, was Alles in Preußen möglich ist, sie nunmehr doch auch erfahren hat, was dort unmöglich sein soll.

— [Ueber angebliche französisch-preussische Pläne], in Betreff Belgiens, taucht jetzt neuerdings in der „Allg. Ztg.“, welche bekanntlich für ein preussisch-französisches Bündniß thätig war, eine beachtenswerthe Stimme auf.

Es ist die ihres stets gut unterrichteten Berliner Correspondenten, der, wie man wissen will, mit der belgischen Gesandtschaft in Berlin in naher Beziehung steht.

Er schreibt nämlich, die bekannten letzten Artikel der „Kreuzztg.“ über die Situation enträthselnd: Preußen ist für den Anschluß (der Elberzogthümer)

vor Europa engagirt und kann denselben nicht mehr aufgeben. Das Ziel ist aber von Preußen allein, ohne das Bündniß einer anderen Macht, nicht zu erreichen. Ein Bündniß mit Frankreich hat die bekannten Voraussetzungen, auf welche Preußen theils, so weit sie Deutschland angehen, gar nicht, theils, d. h. nach anderen Seiten hin, nicht unter normalen Umständen eingehen kann; doch ist ein solches Einverständnis nicht von vorn herein abzusehen. Bleibt in erster Linie das Bündniß mit Oesterreich, das ebenfalls seine Bedingungen hat. Letzteres empfiehlt sich mit dem Hinweis auf ihre bisherige Politik die „N. Pr. Ztg.“ der Unterstützung der conservativen Partei.

Unter den Voraussetzungen „nach anderen Seiten hin“, auf welche Preußen allerdings, aber nur „nicht unter normalen Umständen“, einzugehen vermöge, kann offenbar nur Belgien verstanden werden, das nicht etwa der preussische Premier dem französischen Kaiser angeboten, nein, vielmehr dieser jenem als Grundlage zu allen weiteren Combinationen bezeichnet habe.

Also: ein preussisch-französisches Bündniß sei keineswegs für immer in die Region der Luftgebilde zu verweisen, sondern es sei vielmehr nur zu vertagen, bis gewisse „nicht normale Umstände“ ein solches möglich und wünschenswerth machen würden.

Bleibt noch in erster Linie das Bündniß mit Oesterreich, — die Politik der conservativen Interessen — und, geht es damit in die Brüche, — dieß ist unzweifelhaft die innere Logik des Gedankenganges — versuchen wir es mit Frankreich und dem System des demokratischen — Imperialismus. Videant Consules!

— [Die „Allg. Ztg.“] hat nun auch einen zweiten Annexions-Artikel aus Süddeutschland gebracht, der jedoch nicht von dem Verfasser des ersten Artikels ist, welcher sich zwar für die Annexion der Elberzogthümer ausgesprochen, aber zugleich den Vorschlag gemacht hat, ob sich nicht Preußen als Entschädigung für die Mittelstaaten zu einer Bundesreform verstehen wolle. Sowohl die „Nordd. Allg. Ztg.“ als auch die „Kreuzztg.“ haben den Artikel nachgedruckt, erstere jedoch mit Weglassung des Vorschlags wegen der Bundesreform.

— [Aus Brüssel] wird soeben nachstehende, in Anbetracht gewisser Pläne, bedeutungsvolle Nachricht telegraphirt: Der Zustand des Königs von Belgien ist hoffnungslos. Die Aerzte verlassen das Palais nicht mehr. Der Blutdurchlauf ist andauernd.

— [Preussische Presschicksale.] Die hiesige Pressdeputation verhandelte gestern gegen den Redacteur des „Wärtischen Kirchenblattes“, Vicar Müller. Die Anklage lautete: „auf Anreizung von Staatsangehörigen zu Haß und Verachtung gegeneinander“ und gründete sich auf einen aus dem „Social-Demokrat“ übernommenen Artikel: „Die Kreuzzeitungspartei“, dessen Charakteristik des Preussischen Adels geeignet sein soll, den öffentlichen Frieden zu stören. Der Angeklagte bestritt die Veröffentlichung der betr. Nummer und der Gerichtshof beschloß deshalb in einem neuen Termine Beweisaufnahme

darüber zu veranlassen. Ferner wurde verhandelt gegen die „Staatsbürger Ztg.“ resp. gegen deren Redacteur Dr. Richter und gegen Hr. Held, als Verfasser der betr. Artikel, deren vier zur Anklage standen. Drei derselben betrafen das Königlich Abgeordnetenfest, der vierte die Preussische Politik. In Betreff des Letztern wurde die Anklage gegen Hr. Held fallen gelassen, da er die Autorschaft in Abrede stellte und das Zeugniß des Metteur en pages, auf welches die Anklage gestützt war, sich als schwach erwies. Wegen der andern Artikel wurde Hr. Held zu vier Wochen, Dr. Richter zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt, der Letztere nach der bekannten Praxis dieses Gerichtshofes, ungeachtet seiner Behauptung, die incriminirten Artikel vorher nicht gelesen zu haben. — Freigegeben durch Richterpruch ist die jüngst confiscirte Nummer der „Abein. Ztg.“, in der sich das Sendschreiben Ludwig Simon's an Löwe-Calbe befand.

* **Wien, 30. Nov.** [Polnische Gefangene.] Der österreichische Gesandte am Petersburger Hof hat dort um Befreiung aller durch die russischen Kriegsgerichte verurtheilten österreichischen Polen nachgesucht. In Folge dessen wird ein die Befreiung derselben anordnender Ukas des russischen Kaisers erwartet.

* **Frankfurt a. M., 30. Nov.** [Bundes-tätlich es.] Die Bundes-Versammlung hat auch heute wieder keine Sitzung gehalten. Grund: Mangel an ausreichendem Stoff. Prachtvoll!

Ausland.

* **Paris, 30. Novbr.** [Tagesbericht.] Das Piebängeln mit Oesterreich hat keinen weiteren Zweck, als Preußen vor allzu freier Beweglichkeit zu bewahren. Eine wirkliche französisch-österreichische Allianz wird trotz der vereinten Liebenswürdigkeit des Fürsten und der Fürstin Metternich ein Luftgebilde bleiben, so lange Italien zwischen den beiden Kaiserreichen steht. Aber man findet das Provisorium in der schleswig-holsteinischen Frage un bequem und thut darum für Oesterreich ein Uebrig es, um Preußen das Gefühl der Isolirung heizubringen. Die Abendblätter fassen den Artikel des „Constitutionnel“ als ein Zeichen der Friedens-Aera auf, die man hier nach allen Kräften einlöten wolle. Der „Temps“ findet indessen, daß Herr Limanrac den Zeitpunkt ungewöhnlich gewählt, indem er die thigliche Frage der Besti-Aenderungen gerade wieder verfährt habe, während das Gerücht von einer Verschlimmerung des Zustandes des Königs Leopold eingetroffen sei. Der „Avenir National“ macht darauf aufmerksam, daß auch die Provinzial-Correspondenz gleichzeitig einen Artikel gebracht, welcher dem telegraphischen Auszuge nach wohl zu dem des „Constitutionnel“ stimmen könnte. Die „Gazette de France“ meint, der „Constitutionnel“ habe dem preussischen Minister eine Warnung geben wollen, er möge nicht zu sehr den Feinen spielen, damit er nicht seinen Meister finde. Die „Gazette“ sieht in den orakelhaften Worten des Herrn Limanrac zugleich die Enthüllung, daß Graf Bismarck wirklich die großen Pläne, die man ihm zuschrieb, wenigstens verfährt habe. Man sagt sich hier, daß, wenn der halbamtliche „Constit.“ hinzugesagt habe, daß der preussische Premier Frankreich keineswegs habe bestimmen wollen, auf gewagte und den Frieden Europas störende Projecte einzugehen, dieses Blatt wohl der Ansicht gewesen sei, daß die Andeutungen, welche Betreffs des Anschlusses Belgiens an Frankreich und der Vereinigung eines andern Theiles an Norddeutschland mit Preußen fallen gelassen wurden, den europäischen Frieden um so weniger stören könnten, als Antwerpen nicht zu dem annectirten Belgien gehören und der ganze Plan erst ausgeführt werden sollte, wenn gewisse Umstände, die man aber jetzt weniger zu befürchten hat, eintreten würden. Jedemfalls darf man aber annehmen, daß die Veröffentlichung der Note im „Constitutionnel“ gleichbedeutend ist mit Vertagung aller Projecte, welche in Biarritz und Paris während des Besuchs des Herrn v. Bismarck zur Sprache gekommen sind. — Mitglieder der sogenannten schwarzen Bande, die zuerst in London und Paris, dann in Italien und Holland ihr Wesen trieben, scheinen sich jetzt auch in der Schweiz, wenn auch in anderer Form, eingenistet zu haben. Es halten sich nämlich dort seit einiger Zeit Leute auf, welche ausländischen Capitalisten dadurch Geld heranzuschwindeln suchen, daß sie ihnen vorreden, sie

hätten Gold- und Silbergruben entdeckt, die mit großer Reichthümlichkeit ausgebeutet werden könnten. — Herr Behig hat nunmehr die Fragen zusammenstellen lassen, welche der Untersuchung über die Arbeiter-Genossenschaften als Grundlage dienen sollen. Es sind deren im Ganzen vierzehn, und sie erschöpfen allerdings den Gegenstand ziemlich vollständig. Es wird also auffällig bemerkt, daß man dabei „das System Schultze-Delepich“ unberücksichtigt gelassen habe, während doch bekanntlich seinerzeit von der Rolle, die dasselbe spielen werde, ein ungeheures Geschrei gemacht wurde. — Der französische Geldmarkt soll nach der österreichischen Anleihe auch anderweit in Anspruch genommen werden. Hat man auch Grund genug, das Gerücht von einer bevorstehenden portugiesischen Anleihe als völlig aus der Luft gegriffen zu bezeichnen, so kländigen doch amerikanische Briefe an, daß der Finanz-Minister der Vereinigten Staaten, McCulloch, beabsichtigt, ein „europäisches Anlehen“ beim Congress in Vorschlag zu bringen, das vornehmlich auf Paris berechnet sein sollte, wenn auch die Zinsen desselben außer in der französischen Hauptstadt auch noch in London, Amsterdam und Frankfurt a. M. zahlbar sein würden. Man glaubt, daß Anfangs Februar schon die bezügliche Operation vor sich gehen werde und spricht dabei von Neuem und immer bestimmter von einem italienischen Anlehen, das dem florentiner Cabinet unumgänglich nothwendig sei, weil die Extragnüsse der Verläufe der Staatsbahnen und Nationalgüter sich als völlig unzureichend erwiesen hätten. Fould, heißt es, widersehe sich dem Plane, dieses Anlehen an der pariser Börse zu cotiren, nachdem soeben erst die österreichische „Friedens-Anleihe“ hier zu Stande gekommen sei, was wiederum Anlaß zu der Vermuthung gegeben, als wolle er selbst die flüssigen Gelder der französischen Finanzwelt für ein Staats-Anlehen in Anspruch nehmen. — Fould's Finanz-Reformen sind natürlich in seinem eigenen Ministerium nichts weniger als beliebt, weil den Beamten die nun strenger gehandhabte Disciplin und die vermehrten Anforderungen nicht gefallen mögen. Sie suchen sich daher durch das ausgestrenkte Gerücht zu rächen, der Finanz-Minister leide an zeitweiser Schwäche des Verstandes. Diese kostbare Verläumdung findet aber gläubige Wiedererzähler genug.

* **London, 30. Nov.** [Die „Times“ über Spanisch-Chilienisches. Armeereduction. Fenierproceß. Jamaica.] Die „Times“ finden kein Behagen an dem Rundschreiben des spanischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, de Castro, da es die von diesem Blatte angeforderte Nachgiebigkeit O'Donnell's nicht bestätigt. Die „Times“ schreiben:

Jetzt hängt es also von der Festigkeit der fremden Regierungen, insbesondere der unsrigen, ab, ob die Blockade von Valparaiso aufgehoben werden, oder ob ihr ein Bombardement der Stadt und ein Krieg bis auf's Aeußerste folgen soll. Bei Abgang der letzten Post war die Blockade noch streng im Gange. Das de Castro'sche Rundschreiben nöthigt uns, unsere Ansichten nochmals zu überlegen und unsere Hoffnungen berazustimmen. Nicht den Admiral Pareja können wir länger für den Bruch zwischen Spanien und Chili verantwortlich machen. Die spanische Regierung selbst hat jetzt die Verantwortlichkeit übernommen. Zu früh haben wir uns zum Siege des Rechtes Glück gewünscht. Es ist möglich, daß Alles noch wieder wird beigelegt werden können, aber wir fürchten, es kommt dazu nicht aus freier Entschliesung des spanischen Ministeriums, sondern nur, wenn die neutralen Mächte in aller Mäßigkeit, aber fest darauf bestehen. Die Intentionen des spanischen Ministeriums mögen friedlicher sein, als die Sprache des Herrn de Castro uns dessen läßt, aber es ist offenbar, daß die guten Dienste der neutralen Nationen in allem Ernste beiden streitenden Parteien aufgedrungen werden müssen. Insbesondere ist es notwendig geworden, daß unsere eigene Politik klar hingestellt und mit aller Festigkeit aufrecht gehalten wird. Es ist ein Mißverständnis, daß England sich immer zu der nackten Doctrin der Nichtintervention in den Streitigkeiten civilisirter Nationen, seiner Bundesgenossen und Freunde, bekannt hat. Das biesse ja die Verantwortlichkeit aufgeben, welche vom Besitze der Macht unzertrennlich ist. Nicht bei jeder Gelegenheit soll man sich einmischen; das ist Sache der Staatsmänner, zu entscheiden, wo die Intervention nöthig ist und wo nicht. Es braucht kein Continuum in Flammen gesetzt zu werden, weil etwa eine Pflichtenform verläumdet worden ist, oder weil Nationalitäts-Ansprüche mißachtet wurden.

Aber es giebt Fälle, wo Unthätigkeit und Gleichgültigkeit so viel bedeuten, wie Theilnahme am Unrecht, wo man, wenn man die nationale Kraft nicht für die Gerechtigkeit einsetzt, damit nur die Ungerechtigkeit fördert. Und wenn solche Fälle vorkommen, wird das Temperament des englischen Volkes es nicht ertragen, still zu sitzen, und die Macht des Königreiches wird, wie vordem, der Aufrechterhaltung von Geseh und Ordnung ergeben befinden werden.“

Die mit der westindischen Post herüberbeförderten Berichte aus Chili (Valparaiso, den 18. Oct.) melden nur von der Fortdauer der Blockade. Einigen Schiffen war gestattet worden, in chilenische Häfen einzulaufen, ein anderes (englisches) von Admiral Pareja weggenommen, armirt und als Blockadeschiff verwandt worden. Die chilenische Regierung traf alle Anstalten, um sich auf eine lange Blockade einzurichten, und verlängerte die Telegraphenlinien an der Küste. — Die revolutionären Truppen in Peru hatten sich nach Cannate zusammengezogen, 10,000 Mann stark, aber Mangel leidend. Präsident Pezet marschirte ihnen entgegen und kurz vor Abgang der Post verbreiteten sich Gerüchte von einer Schlacht, doch war noch nichts Bestimmtes zu erfahren. — Neuestens ist auch hier von einer Armeereduction die Rede. Wenigstens geht in hiesigen politischen Kreisen das Gerücht, daß die Regierung damit umgehe, eine Reduktion des Heeres vorzunehmen, die eine Ersparung von 1½ Millionen Pfund Sterk im Gefolge hätte. Das Project Gladstone's geht dahin, eine Reserve zu bilden, welche in Waffenübung gehalten werden und verhältnismäßig nur geringe Kosten verursachen soll. — Hinsichtlich der Reformfrage ist bemerkenswerth, daß John Bright, der gegenwärtig als der bedeutendste Volksführer in England anzusehen ist, sich mit der Ausdehnung des Stimmrechtes auf alle Hausbesitzer vorerst begnügen würde, während die Reform-League für alle erwachsenen, unbescholtenen Männer, die einen gewissen Aufenthalt nachweisen können, und sich als Wähler haben registriren lassen, das Stimmrecht verlangt. Uebrigens hat auch John Bright, der sonst mit Lob nicht sehr rasch ist, in einem kürzlich veröffentlichten Briefe erklärt, daß die Regierung in der Reformfrage günstig gestimmt (well disposed) sei. „Morning Post“ glaubt, Lord Russell werde eine Parlamentäreform nicht in Antrag, wohl aber eine vorherige Unterdrückung der ganzen Frage in Vorschlag bringen; sei die Reform so einstweilen vertagt, so würden Sir Robert Lowe und Edwards Heremmann sich bereit finden lassen, ins Cabinet einzutreten. — Aus Dublin wird den „Times“ telegraphisch gemeldet, daß der Lord-Stathalter den Director des Richmond-Zuchthaus, Herrn Marquis, seines Amtes entseht habe. In der gestrigen Sitzung der Special-Commission wurde das Zeugenverhör fortgesetzt. Sehr lange beschäftigte man sich mit dem Denuncianten Nagle, der von Stephens nach Amerika zu Mahoney geschickt worden war und fünfzehn Monate hindurch der Regierung über die Fenier-Bericht erstattet hatte. Luby's Anwalt, Herr Butt, suchte durch ein Kreuzverhör die Aussagen dieses Zeugen vergebens zu verwirren und zu erschüttern. Ferner wurden gestern die Polizeibeamten vernommen, die O'Connell mit feinschen Papieren in Queenstown angehalten und die Druderei des Irish People erbrochen hatten. Die große Jury hat erklärt, daß aller rechtliche Grund vorliege, den entwichenen Stephens zu verfolgen. Von den beiden nach ihm in See gegangenen Schiffen ist der Achilles bereits vorgestern in Queenstown wieder eingelaufen; der Liverpool ist noch draußen. — Dem Gouverneur von Jamaica, Eyre, widmen die „Times“ heute abermals eine Schugrede gegen die heftigen Angriffe anderer Blätter.

— 1. Dez. [Neuestes.] In einer vom dem Parlamentomitgliede John Bright in Blackbury gehaltenen Rede beantwortete derselbe die Reformbill vom Jahre 1860 und drückte sein volles Vertrauen zum Russell'schen Cabinet aus, dessen Mitgliedern er warmes Lob zollte. — Die von dem Gouvernement in Jamaica zur Unterdrückung des dortigen Aufstandes angewandten Maßregeln nannte er Justizmorde.

* **Spanien.** [Die Königin und O'Donnell. Enthüllungen.] Die Königin Isabella hat feier-